

Hans Misselwitz

## Unerhörte Freiheiten

### Unsere Revolutionen – 1968 und 1989

*Mauerfall und Wiedervereinigung werden von konservativer Seite eher national verklärt. Demgegenüber scheint es aber auf der politischen Linken keine verbindende Lesart von 1989/1990 zu geben. Der Rückgriff auf das Schlüsseljahr 1968 wäre eine Option.*

#### Hans Misselwitz

(\* 1950) ist Geschäftsführer des Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V.

[hans.misselwitz@spd.de](mailto:hans.misselwitz@spd.de)



Als Franz Müntefering zu Ostern in einem Interview einräumte, »dass wir 1989/90 nicht wirklich die Wiedervereinigung organisiert, sondern die DDR der Bundesrepublik zugeschlagen haben«, erntete er Unterstützung aus der konservativen Ecke. Er berührte einen wunden Punkt, nämlich das offensichtliche Scheitern einer verbreiteten Vorstellung von Einheit. Der Kern dieser Vorstellung ist die Grundannahme der Wiedervereinigung, die Peter Bender einmal als ihren Grundirrtum bezeichnete: Die Ostdeutschen seien nach 40 Jahren Teilung weiterhin nur eine Spezies der Westdeutschen. Jeder weiß, dass immer noch zwei Teilgesellschaften in Deutschland nebeneinander her leben, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse auf sich warten lässt und die kulturelle Fremdheit zwischen Ost und West keineswegs erledigt ist. Dies wäre an sich noch kein Skandal, würde die Verschiedenheit politisch anerkannt, als Zugabe oder als Aufgabe für das ganze Land. Die Entscheidung, dem vereinten Land 1990 keine neue Verfassung zu geben, wie es das Grundgesetz vorsah, war also keine Formsache, sondern wurde nach und nach zur Ursache eines bedenklichen Demokratie-

verdrusses im Osten.

Das passt allerdings schlecht in die Bilanz. Die Erinnerung an die 1990 uneingelöste Verfassungsfrage spielt im Gedenkjahr 2009 keine Rolle, in dem einerseits 60 Jahre Grundgesetz, »geglückte Demokratie«, gefeiert wird, und auf der anderen Seite 20 Jahre friedliche Revolution. Der wunde Punkt auch hier: Die friedliche Revolution geht offensichtlich nicht in eine gemeinsame Freiheits- oder Demokratievorstellung ein, wenn ihr Beitrag am Ende nicht mehr wäre als der Beitritt zur gegliederten Demokratie. Die Freiheit, um die es 1989 ging, würde sich auf ihre Verwirklichung auf dem Boden der Bundesrepublik reduzieren, wie es sich in den Bildern darstellt: Ostdeutsche Flüchtlinge, die über die offene Grenze in Ungarn in den Westen strömen, schließlich die überwältigende Ost-West-Begegnung und Vereinigung auf der Berliner Mauer. In diesem Bild wird die Revolution mit der Einheit eins und zugleich aufgehoben, ein gesamtdeutsches Ereignis, womöglich eine »deutsche Revolution« (Erhart Neubert).

#### Was bleibt von 1989 diesseits nationaler Verklärung?

Warum ist die Erinnerung an eine außergewöhnliche Zeit freier politischer Gestaltung so defensiv an die Wochen und Monate vor und nach dem Mauerfall beschränkt, an das Ringen um politische Freiheiten, um demokratische Verhältnis-

se, die Improvisation und Erfindungsgabe einer Gesellschaft, die das Heft des Handelns in die Hand nimmt? Während die konservative Strategie der Aneignung und Deutung von 1989 sichtbar ist und eine allgemeine, vor allem westdeutsche Wahrnehmung der Ereignisse dominiert – gibt es keine verbindende Lesart von 1989 auf Seiten der politischen Linken.

Einig waren sich das linke und liberale politische Spektrum der Bundesrepublik, dass 1989 keine der Errungenschaften der Republik in Frage gestellt wurde, 1968 eingeschlossen. Der im Osten zu vollziehende gesellschaftliche Umbau sei »nicht der Vorbote von etwas Neuem, sondern Vollendung von etwas Bekanntem«, meinte der Soziologe Heinz Bude im Jahr 1999. Das kann man als Lob verstehen, zumal die konservative Geschichtspolitik versuchte, 1989 gegen 1968 auszuspielen, sie als sich gegenseitig aufhebende Ereignisse zu interpretieren. Der 68er-Generation seien die Ereignisse von 1989 auf dem Weg zur Macht in die Quere gekommen. Und es seien die 68er, die heute in den Chefetagen der Medien und Kulturproduktion sitzen, dafür verantwortlich, dass den Ereignissen von 1989 die Anerkennung verweigert würde. Schließlich sei die gewalttätige 68er-Revolution geradezu das Gegenbild der friedlichen 89er-Revolution, sei 1968 folgerichtig in den Terror der RAF und in den »Deutschen Herbst« gemündet.

Dass sich dieses konservative Konzept nicht durchsetzen konnte, dass 1968 – trotz aller Kontroversen und einer gewiss nicht mehrheitlichen Beteiligung an den Ereignissen und Aktivitäten – Teil der kollektiven Identität der Bundesrepublik geworden ist, sollte die Frage erlauben, was nötig wäre, um einem linken Zugang zu und einer Identifikation mit einem Ereignis den Weg zu ebnet, das unzweifelhaft von größter nationaler, europäischer und globaler Bedeutung ist. Die zentrale Frage lautet also: Ist es möglich, 1989, das Ende der kommunistischen Diktaturen in Europa und die Über-

windung der deutschen und europäischen Teilung in eine Erzählung zu integrieren, die gemeinsame, ost-west-übergreifende Wurzeln für eine linke, freiheitliche europäische Identität sichtbar werden lässt?

Die Akteure von 1989 wurden von den Ereignissen 1968 unzweifelhaft direkt oder indirekt politisch geprägt. Der Historiker Stefan Wolle schrieb als Fazit seines Buches *Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968*: »Die gemeinsame Achse der antiautoritären Revolte im Westen und der Reformdiskussion im Osten war der Versuch eines Ausbruchs aus der Logik des Kalten Krieges, die Suche nach neuen Wegen jenseits der etablierten Systeme. So entstand aus zwei unterschiedlichen Perspektiven eine virtuelle Projektion, geboren aus verschiedenen Wurzeln, aber vereinigt in der Negation der existierenden Gesellschaft. Das positive Leitbild hieß aus Mangel an einem besseren Begriff demokratischer Sozialismus.«

Der Soziologe Wolfgang Engler nennt 1968 »die Geburtsstunde der dritten politischen Generation der DDR«, für die Prag, Paris und Westberlin jeweils Orte konkreter Utopien darstellten und die für die Verarbeitung ihres Scheiterns prägend waren. Für diejenigen, die nicht resignierten, folgte daraus die Suche nach theoretischen Alternativen, die in informellen oder konspirativen Zirkeln die 70er Jahre bestimmten. Dort befasste man sich mit der Geschichte des Kommunismus und Stalinismus, referierte über neueste politische Philosophie oder studierte die Erfahrungen neuer Bewegungen im Westen oder in der Dritten Welt: »Je deutlicher das Modernedefizit des realexistierenden Sozialismus ... desto notwendiger wurde es, westliche Denktraditionen wahrzunehmen... Ein Sozialismus, der politische Demokratie, Menschenrechte, wirtschaftliche und kulturelle Wettbewerbsformen programmatisch ausschloss, war zum Scheitern verurteilt.«

Die »Suche nach neuen Wegen jenseits der etablierten Systeme« stand im Osten seit der Niederschlagung des Prager Früh-

lings auf der Tagesordnung. Innenpolitisch machte die enttäuschte Hoffnung über die Reformierbarkeit des Systems von oben den Weg frei für neue Formen sozialer und politischer Bewegungen und deren Widerstand gegen entmündigende Strukturen. Es waren die Akteure des Jahres 1968, die in Polen 1976 die Komitees zur Verteidigung der Arbeiterrechte (KOR) gründeten, einem Vorläufer der *Solidarność*. In der Tschechoslowakei formierten sie sich in der Bürgerinitiative *Charta '77*. In der DDR kam es Anfang der 80er Jahre in der unabhängigen Friedensbewegung zu neuen oppositionellen Organisationsformen der ehemals 68er. »Neue Wege jenseits der etablierten Systeme« hieß allem voran die Schaffung einer autonomen Öffentlichkeit als Mittel und Zweck zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation.

Mit der 68er-Generation im Westen teilte die entsprechende Generation hinter dem »Eisernen Vorhang« dieselbe Kultur, das kritische Aufbegehren und auch die Enttäuschungen – in Prag nach dem 21. August, in Paris nach dem Mai, als jeweils eine harsche politische Restauration einsetzte. Nachhaltige Veränderungen wurden auch im Westen erst nach Jahren erkennbar, in der sozialdemokratischen Reformpolitik, in Portugal, Spanien bis Griechenland mit dem Ende der dort herrschenden Diktaturen. Das Entstehen neuer sozialer Bewegungen im Westen und einer zivilgesellschaftlichen Opposition im Osten weist durchaus Parallelen auf, wenn auch die politischen Bedingungen nicht zu vergleichen sind.

Die politische Praxis der Bewegungen der 70er und 80er Jahre lehrte, dass die etablierten Systeme für die globalen Herausforderungen keine hinreichenden Antworten hatten, sondern sich die Widersprüche verschärften. Ein Beispiel war die Friedensfrage, die in der DDR eine Ebene der politischen Auseinandersetzung darstellte, weil hier das Regime Loyalität einforderte und die Opposition im Gegenzug

dafür die Geltung der Bürgerrechte verlangen konnte. Andere Beispiele waren das wachsende Bewusstsein für die Umweltproblematik oder (im Westen mehr als im Osten) die Defizite bei der Gleichstellung der Frauen in Familie und Gesellschaft. Die Erinnerung an »unerhörte Freiheit«, welche die 68er im Westen trotz aller Rückschläge erfolgreich kultivieren konnten, muss um die der 89er im Osten ergänzt werden, wenn sich eine demokratische Linke in Europa neu herausbilden will. Ohne die Niederlagen zu verdrängen, gehören die »unerhörten Freiheiten«, an die die Chiffren »1968« und »1989« erinnern, zu den unaufgebbaren Vorstellungen eines modernen, linken Menschen- und Gesellschaftsbildes.

Dass beide Daten in Ost und West noch immer politisch-historische Deutungskämpfe provozieren belegt nur, dass es für eine Annäherung der demokratischen Linken in Europa an das Thema noch nicht zu spät ist. Weil die inneren Zusammenhänge evident sind, weil die politischen und kulturellen Motive vergleichbar sind, die in Ost und West 1968 den politisch engagierten Teil einer Generation bewegten und sich von hier aus die Spur der Epoche bis 1989 zieht, liegt hier der Grund für eine verbindende europäische Erzählung der Überwindung autoritärer politischer und reaktionärer gesellschaftlicher Verhältnisse.

Vor zehn Jahren wurde die Chance für einen historisch-politischen Brückenschlag zwischen 1968 und 1989 schon einmal vergeben. Nur ein riesiges Plakat am Alexanderplatz erinnerte: »Wir waren das Volk«. Unter dieser Überschrift forderte jüngst in der *Zeit* Adam Michnik dazu auf, angesichts der Krise des neoliberalen Systems das Vermächtnis von 1968 und 1989 gegen populistische und nationalistische Demagogen zu verteidigen. Verfassungsfragen wie Menschenrechte und Freiheit seien in demokratischen Staaten eben keine Formsachen, sondern der springende Punkt.